

Enz
Personalservice
GmbH

**Gemeinsam
an Ihr Ziel**

Personalwesen

Wirtschaft

Politik

Recht

*Liebe Geschäftspartnerinnen,
liebe Geschäftspartner,*

zurzeit erleben wir einen Umbruch in der politischen Landschaft: Parteien, die man gemeinhin als Volksparteien zu bezeichnen pflegte, verlieren massiv an Zustimmung. Nun überzeugen diese Parteien in den letzten Jahren aber auch nicht durch ein besonders „glückliches Händchen“, was ihre Entscheidungen betraf. Darunter litt und leidet insbesondere der Mittelstand.

Letztlich aber halten die Unternehmen – und namentlich eben der Mittelstand – „den Staat am Laufen“. Wer erwirtschaftet denn das Geld, das die Politik verteilt?

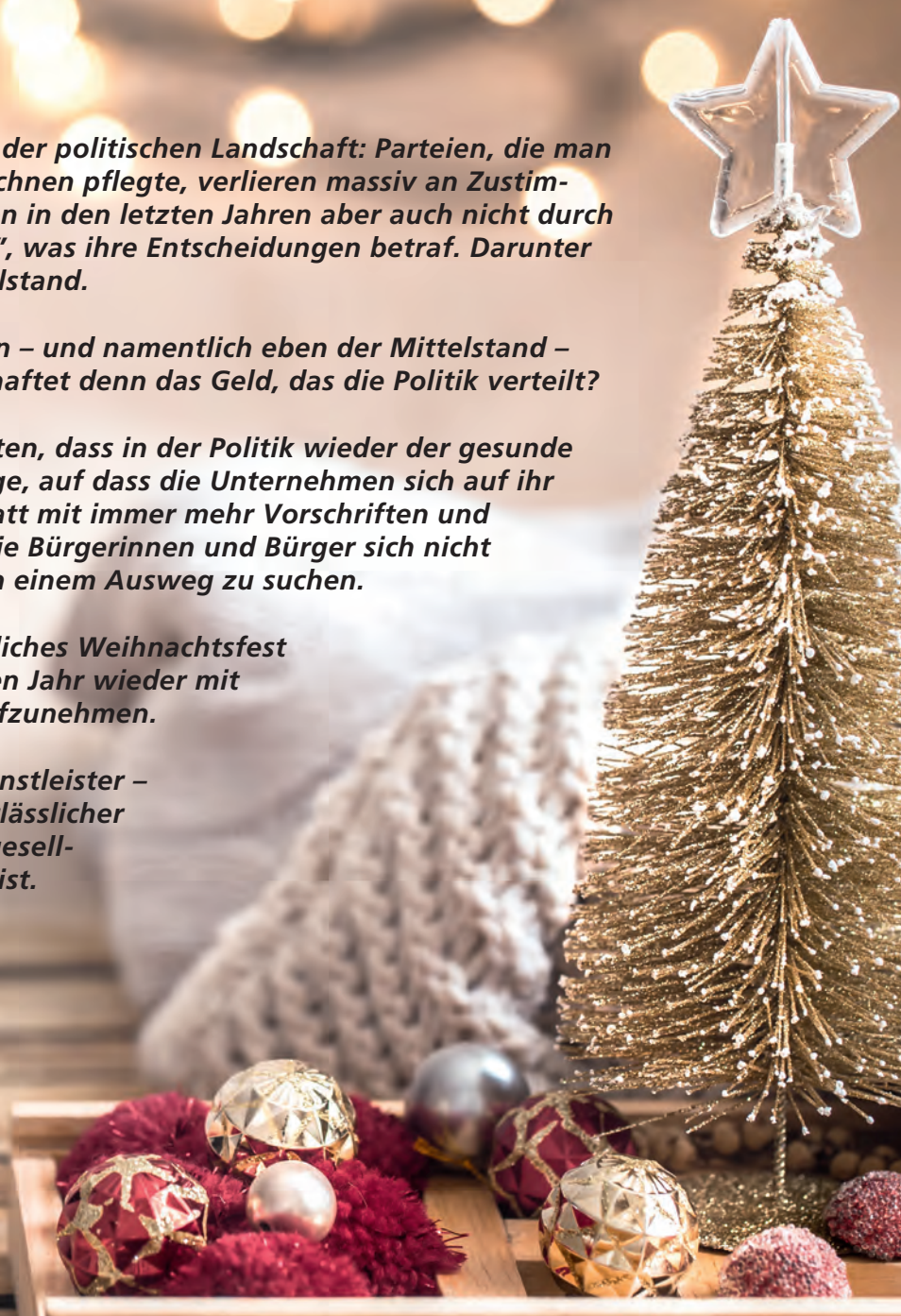
Wünschen wir uns doch zu Weihnachten, dass in der Politik wieder der gesunde Menschenverstand Einzug halten möge, auf dass die Unternehmen sich auf ihr Geschäft konzentrieren können, anstatt mit immer mehr Vorschriften und Bürokratie belastet zu werden, und die Bürgerinnen und Bürger sich nicht genötigt sehen, links oder rechts nach einem Ausweg zu suchen.

Lassen Sie uns gemeinsam ein besinnliches Weihnachtsfest begehen, um dann die Arbeit im neuen Jahr wieder mit frischem Mut und frischen Kräften aufzunehmen.

Wir – als Ihr kompetenter Personaldienstleister – werden Ihnen auch in Zukunft ein verlässlicher Partner sein, der sich – wie Sie – der gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist.

*Frohe Weihnachten und viel Erfolg
im neuen Jahr wünscht Ihnen
das gesamte Team von*

Enz Personalservice GmbH



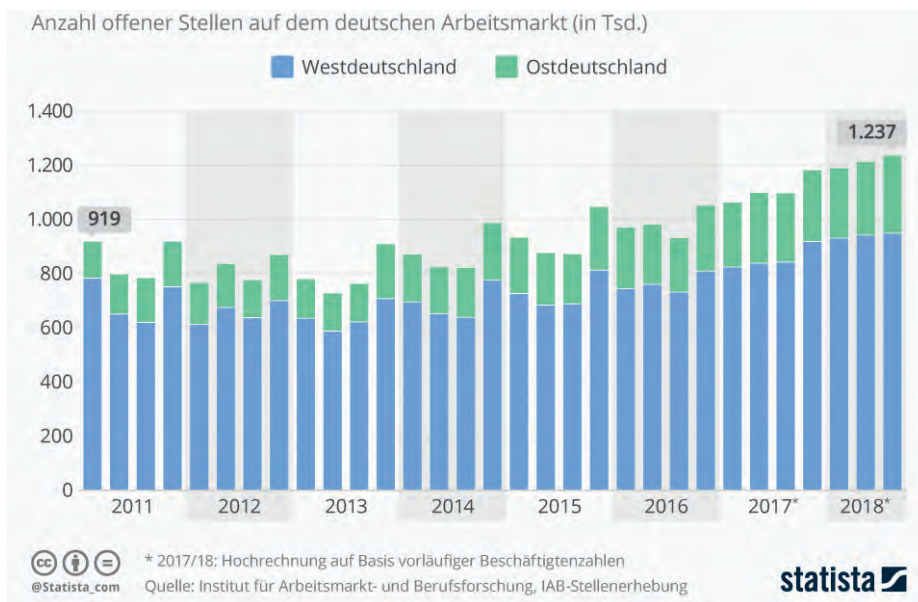
Mehr Deutsche wollen mehr, weniger Deutsche wollen weniger arbeiten

Im letzten Jahr wünschten sich rund 2,4 Millionen Erwerbstätige im Alter von 15 bis 74 Jahren eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit, während 1,4 Millionen kürzer arbeiten wollten. Bei der Ermittlung dieser Zahlen hat das Statistische Bundesamt sowohl Voll- als auch Teilzeitbeschäftigte berücksichtigt. Die Unterbeschäftigten in der Studie hatten insgesamt eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 28,5 Stunden und wünschten sich Mehrarbeit

von 10,9 Stunden. Die Überbeschäftigten kamen dagegen auf eine gewöhnliche Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 41,8 Stunden. Sie wünschten sich eine Verkürzung um 10,8 Stunden. Bei der Studie wurden die Befragten darauf hingewiesen, dass Mehrarbeit mit einem entsprechend höheren Verdienst und Minderarbeit mit einem entsprechend geringeren Verdienst einhergehen würde.



Neuer Rekordstand bei offenen Stellen



Im dritten Quartal 2018 waren auf dem deutschen Arbeitsmarkt 1,24 Millionen offene Stellen gemeldet. Das geht aus einer Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.

Demnach waren in Westdeutschland 950.000 Stellen zu besetzen, in Ostdeutschland 290.000.

Besonders stark sei dabei die Zahl der offenen Stellen im Verarbeitenden Gewerbe von 40.000 in Q3 2017 auf 160.000 Stellen im selben Quartal 2018 gestiegen, so Arbeitsmarktforscher Alexander Kubis vom IAB.

Ältere Arbeitnehmer müssen im Ruhestand den Lebensstandard senken

Bei mehr als der Hälfte (58 Prozent) der 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen in Deutschland reichen derzeitige Rentenanwartschaften nicht aus, um im Ruhestand ihren aktuellen Konsum vollständig decken zu können. Zu diesem alarmierenden Ergebnis ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) in einer Studie gekommen. Trotz gesetzlicher und betrieblicher Altersvorsorge oder Beamtenpensionen droht den meisten Erwerbstätigen in den rentennahen Jahrgängen eine Versorgungslücke, im Schnitt von rund 700 Euro im Monat. „Eine potenzielle Versorgungslücke haben vor allem diejenigen, die nur Anwartschaften aus der Gesetzlichen Rentenversicherung haben“, erklärt Studienautorin Anita Tiefensee. Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) wären nicht in der Lage, ihren aktuellen Konsum mit der gesetzlichen Rente zu decken. „Bestehen auch Ansprüche aus Betriebsrenten, so sinkt dieser Anteil auf 50 Prozent.“ Bei Beamten und Beamtinnen fällt der Anteil

mit weniger als einem Fünftel deutlich geringer aus. „Das Versorgungsniveau der Pensionen ist überdurchschnittlich“, erläutert Tiefensee weiter.

Private Versicherungen wie die Riester- und Rürup-Rente senken den Anteil derjenigen mit einer potenziellen Versorgungslücke lediglich um zwei Prozentpunkte. Die Versorgungslücke durch private Versicherungen reduziert sich dann auf durchschnittlich 650 Euro im Monat.

Der Befund ändert sich erst dann nennenswert, wenn das gesamte Vermögen zur Deckung des aktuellen Konsums eingesetzt wird. Nicht nur fällt der Anteil derjenigen mit einer potenziellen Versorgungslücke mit 41 Prozent deutlich geringer aus. Der Konsum kann dann auch über einen längeren Zeitraum gedeckt werden. „Da aber Vermögen sehr ungleich verteilt sind, zeigt sich, dass von denen die nur Anwartschaften an die Gesetzliche Rentenversiche-



rung haben, ein Viertel nicht in der Lage ist, ihren aktuellen Konsum auch mit dem Vermögen zumindest fünf Jahre lang zu bestreiten“, erklärt Markus Grabka, ebenfalls Autor der Studie.

Höhere Entgelte für Zeitarbeitskräfte ab dem 1. Januar bzw. 1. April 2019

Zum 1. Januar 2019 wird die nächste tarifliche Entgelterhöhung für Zeitarbeitskräfte in Kraft treten, und zwar für die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Lohnuntergrenze wird um rd. 2,4 Prozent von 9,27 Euro auf 9,49 Euro pro Stunde steigen.

Für die übrigen Bundesländer wird es zum 1. April 2019 eine Erhöhung geben. Dort wird die Lohnuntergrenze um rd. 3,2 Prozent von 9,49 Euro auf 9,79 Euro pro Stunde steigen.



Maßnahmen gegen Europa-Frust

Welche Maßnahmen könnten helfen, dass sich Bürger stärker mit Europa identifizieren? Dieser Frage ist jüngst das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung gemeinsam mit dem ifo Institut nachgegangen. Herausgekommen ist dabei eine ganze Liste mit Empfehlungen: Zunächst sollte die Politik nach Ansicht der Forscher mehr tun, um die Identifikation der Bürger mit Europa zu fördern. Das könne etwa durch die Wahl europäischer statt nationaler Parteilisten bei der Europawahl geschehen.

Außerdem sollten EU-Bürgerversammlungen eingesetzt werden, um konkrete politische Fragen mit Entscheidungsvorschlägen zu erörtern. Im Ausland könne das Profil Europas durch gemeinsame EU-

Botschaften gefördert werden. Zudem solle die Politik auch Gruppen in den Blick nehmen, die wenig Gelegenheit zu grenzüberschreitenden Begegnungen haben und deren Identifikation mit Europa unterdurchschnittlich ist. Wünschenswert wären laut der Forscher neue Programme wie ein „Erasmus für Rentner“ das insbesondere ärmeren Rentnern die Möglichkeit gibt, geschichtliche oder soziale Projekte zu besuchen.

Denkbar sei auch eine „Europa-Walz“, bei der Berufstätige für einige Monate im europäischen Ausland arbeiten könnten. Bessere und neutrale Informationen über Europa versprechen sich die Autoren der Studie von einem europäischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender.

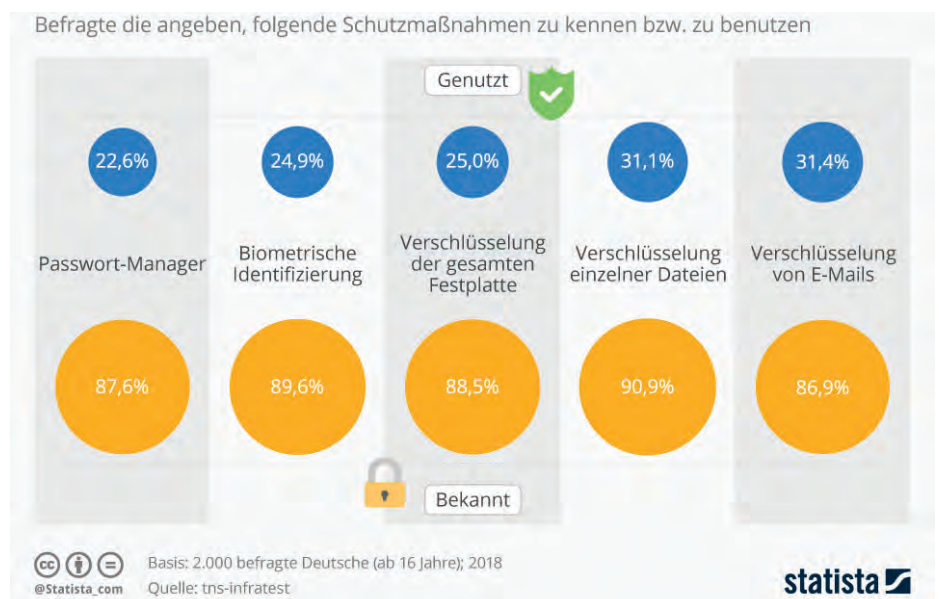
Ausgangspunkt der Untersuchung war die Frage, welche Menschen neben der nationalen Identität auch eine europäische Identität verspüren. Überraschend ist, dass der Anteil mit Bezug zu einer europäischen Identität in den zurückliegenden Krisenjahren sogar noch angestiegen ist und heute für die gesamte EU bei gut 60 Prozent liegt. Allerdings zeigt die Analyse auch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen. Menschen, die sich selbst als Europäer betrachten, sind häufig jung, gut ausgebildet und haben vielfältige Reiseerfahrung und Kontakte mit EU-Ausländern. Ältere und ärmere Menschen, die wenig über Europa wissen und auf dem Land wohnen, fühlen sich hingegen deutlich seltener als Europäer.

Oft gehört – nie genutzt: Schutzmaßnahmen im Internet

Zwar wissen rund 90 Prozent der Bundesbürger um die Vorteile von Passwortmanagern, dennoch werden sie von nicht mal einem Viertel der Deutschen benutzt.

Ähnlich sieht es mit anderen Schutzmaßnahmen aus, die man nutzen sollte, wenn man Wert auf hohe Sicherheit in der digitalen Welt legt. Während E-Mail-Verschlüsselungen wie PGP oder S/MIME noch von nahezu einem Drittel der Befragten genutzt werden, ist die biometrische Identifizierung relativ unbeliebt.

Rund ein Viertel der Deutschen nutzen Features wie Fingerabdruckscanner, die heutzutage für die meisten Smartphones verfügbar sind.



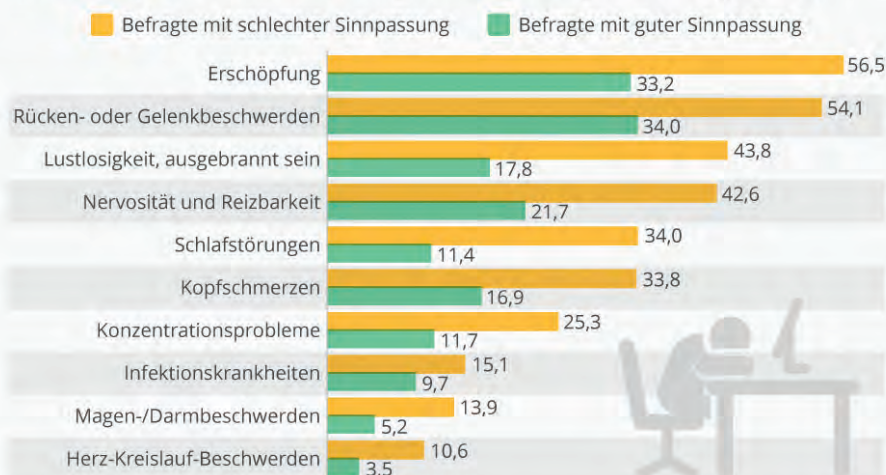
Sinnlose Arbeit macht krank

Wer seine Arbeit als sinnvoll wahrnimmt, ist seltener krank, vor allem arbeitsbedingt und hält sich im Krankheitsfall häufiger an ärztlich verordnete Krankschreibungen. Das geht aus dem aktuellen Fehlzeitenreport des Wissenschaftlichen Instituts der AOK hervor.

Wie die Grafik von Statista zeigt, führt eine schlechte Sinnpassung im Job zu deutlich mehr arbeitsbedingten Beschwerden als bei guter Sinnpassung: Wer seine Arbeit nicht als sinnvoll wahrnimmt, leidet deutlich häufiger an Erschöpfung (56,5 Prozent), Rücken- und Gelenkbeschwerden (54,1 Prozent) oder Lustlosigkeit und dem Gefühl, ausgebrannt zu sein (43,8 Prozent).

Sinnlose Arbeit macht krank

Arbeitsbedingte Beschwerden der Befragten nach Sinnhaftigkeit ihrer Tätigkeit (in %)*



* Angaben "ab und zu", "häufig" und "sehr häufig"
Basis: 2.030 Befragte (16-65 Jahre) in Deutschland; 2018
Quelle: Wissenschaftliches Institut der AOK



statista

Deutschlands CO2-Emissionen sinken

Die Deutschen verbrauchen immer weniger Energie und erzeugen dadurch weniger klimaschädliche Treibhausgase. Wie die Bundesregierung bekannt gibt, ist der Anteil der CO2-Emissionen in den ersten neun Monaten des Jahres 2018 um sieben Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig ist der Energieverbrauch um 5,3 Prozent gesunken. Für das Gesamtjahr wird ein Rückgang des Energieverbrauchs um rund fünf Prozent prognostiziert. Der sinkende Energieverbrauch wird auf mehrere Faktoren zurückgeführt: steigenden Energiepreise, das milde Wetter und eine bessere Energieeffizienz, also einen sparsameren Einsatz von Energie. Zudem legte im gleichen Zeitraum der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix um drei Prozent zu.



Vom Glauben an das Spaghettimonster



Es gibt sie tatsächlich, die „Kirche des fliegenden Spaghettimonsters“. Ihre Anhänger nennen sich „Pastafaris“.

„Pastafaris“, sind harmlose Humanisten und lehnen dogmatische Glaubenslehren ab. So weit, so gut. Nun möchten die Pastafaris allerdings mit Schildern an den Ortseingängen von Templin in der Uckermark für ihre sogenannten „Nudelmessen“ werben. Dies ist ihnen vom Landesbetrieb Straßenwesen verboten worden. Und jetzt wird es ein bisschen komplizierter. Denn die Kirche des fliegenden Spaghettimonsters ist keine Kirche im rechtlichen Sinne, sondern nur ein Verein. Die Pastafaris argumentieren, dass sie als Weltanschauungsgemeinschaft das gleiche Recht haben müssen wie die christlichen Kirchen als Religionsgemeinschaften. Letztere dürfen an den Ortseingängen mit Schildern auf die Zeiten ihrer Gottesdienste hinweisen.

Der Streit zwischen den Pastafaris und den Ämtern zog sich über Jahre hinweg und hat nunmehr vor dem Bundesverfassungsgericht ein vorläufiges Ende genommen. Die Karlsruher Richter nahmen die Verfassungsbeschwerde der Pastafaris gar nicht erst zur Entscheidung an. Eine weltanschauliche Betätigung des Beschwerdeführers sei nicht plausibel gemacht worden, teilte das Bundesverfassungsgericht dem Verein mit. Für das fliegende Spaghettimonster gibt es nun noch eine letzte Chance, durch ein Ortsschild neue Gläubige anzuziehen: Der Verein kündigte jüngst an, nun vor den Europäischen Gerichtshof ziehen zu wollen.

Aktenzeichen: 1 BVR 1984/17